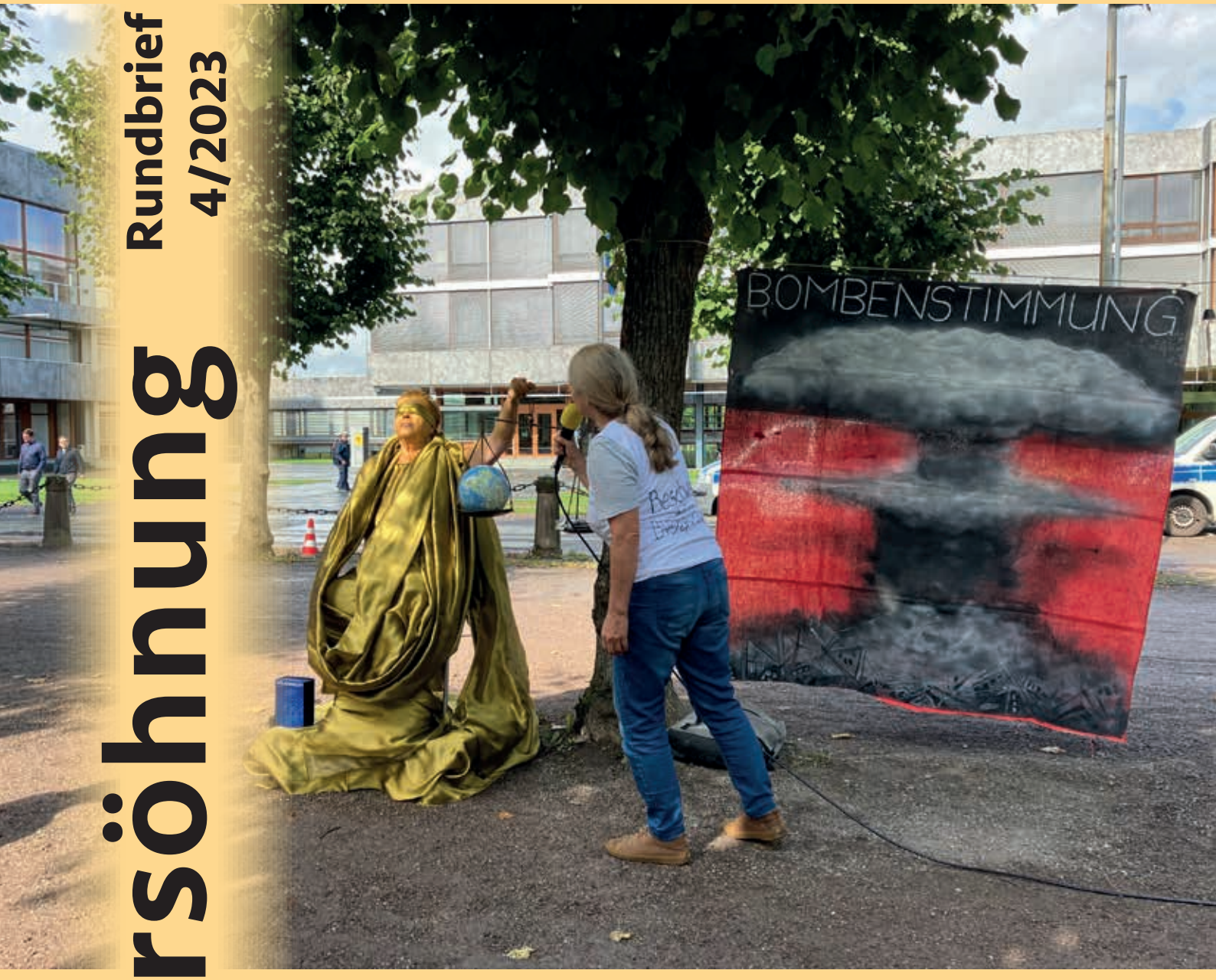
Internationaler Versöhnungsbund

Seit 1914 gewaltfrei aktiv gegen Unrecht und Krieg



Versöhnung

Rundbrief 4/2023

Gedanken, Analysen, Aktionen zu Pazifismus, Gewaltfreiheit und Kriegen

Liebe Leser*innen

Immer noch Krieg in der Ukraine – bald zwei Jahre lang. Und, als wäre das nicht genug, ist jetzt auch wieder der schon lange schwelende Konflikt Israel-Palästina offen ausgebrochen. Immer wieder bemühen sich unterschiedliche Stellen zumindest um einen Waffenstillstand – große Hoffnung auf nachhaltige Erfolg habe ich leider nicht.

Kriegerische Auseinandersetzung im Mesolithikum (ca. zwischen 9600 und 5000 v. Chr.) zwischen zwei Gruppen von Bogenschützen. Morella la Vella, Provinz Castellón, Ostspanien[1]

1) Von Eduardo Hernández Pacheco(1924): «Estudios de arte prehistórico, Prospección de las pinturas rupestres de Morella la Vella». C. de I. P. y P., Madrid, Gemeinfrei, https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=1294838

Realistisch betrachtet wird Krieg schon seit Jahrtausenden als angeblich „letztes Mittel“ in Konflikten eingesetzt. Langfristigen Erfolg hatte dieses Mittel nie! Schmerzlich finde ich, dass es meines Wissens keine ernsthaften allgemein bekannten Analysen gibt, die darauf hinweisen. Umgekehrt: Der Einsatz in Afghanistan wird als Erfolg gefeiert. In öffentlichen Debatten – vom Stammtisch bis zu hohen Kreisen, hört man immer wieder von der Alternativlosigkeit des Krieges – mit wenigen, aber um so erfreulicheren Ausnahmen.

Kampfspuren an Menschenknochen aus dem Neolithikum (ab ca. 9500 v. Chr.), Museum für Ur- und Frühgeschichte Thüringens (Weimar)[1]

1) Von Wolfgang Sauber - Eigenes Werk, CC BY-SA 4.0, https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=53237467

Wie viele Jahrtausende wird die Menschheit noch brauchen, bis sie lernt, Konflikte gewaltfrei zu lösen? Oder wird sie vorher untergehen?

Wir wissen es nicht – aber wir können immer wieder unsere Hoffnung dagegen setzen und unser Wissen darüber vertiefen und verbreiten. Dazu trägt auch dieser Rundbrief wieder bei:

Berthold Keunecke analysiert aktuelle Kriege konflikttheoretisch und weist auf das Phasenmodell der Eskalation nach Glasl hin. (Seite 4)

Ullrich Hahn begründet seine pazifistische Überzeugung auf Seite 6

Clemens Ronnefeldt weist auf friedenslogische Ansätze im Nahost-Konflikt hin. (Seite 10)

Marion Küpker berichtet von vielen Aktionen der Friedensarbeit (Seite 13), u.a. von der Fahrradtour vom Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg.(Seite 15)

Annette Nauerth berichtet von der Jahrestagung von Church and Peace auf Seite 17

Barbara und Eberhard Bürger berichten vom 16. Werkstatt-Tag in Magdeburg: Soziale Verteidigung und gewaltfreier Widerstand heute. (Seite 18)

Der Bericht von der Vorstandssitzung auf dem Untermühlbachhof im Schwarzwald auf Seite 19 erinnert daran, dass es auch vieler Arbeit im Hintergrund bedarf, um unser Wirken nach außen zu ermöglichen.

Das Seminar „Wurzeln der Gewaltfreiheit“ auf Seite 20 ist ein weiteres Beispiel dafür, wie wir unser Wissen und auch Können um Gewaltfreiheit vertiefen können..

Die Gündung der Regionalgruppe Darmstadt-Odenwald (Seite 19) kann Impulse geben, sich an noch mehr Orten zu solchen Gruppen zu verbinden.

Die inzwischen zu guter Gewohnheit gewordene Rubrik *Was Mitglieder erzählen* ab Seite 22 lässt uns dagegen unter anderem erfahren, was unsere Mitglieder bewogenn hat, sich unserem Verband anzuschließen.

So soll dieser Rundbrief wieder dazu beitragen, die Hoffnung auf ein friedliches miteinander Leben immer wieder zu stärken und lebendig zu halten.

Viel Erfolg dabei und Herzliche Grüße, Rudi Mehl

Inhalt

Es wird immer schlimmer – warum denn nur? – *Berthold Keunecke, Vorstandsmitglied, analysiert aktuelle Kriege konflikttheoretisch* 4

Gedanken zum Pazifismus – *Ullrich Hahn begründet seine pazifistische Überzeugung* 6

Friedenslogische Ansätze im Nahost-Konflikt – *von Clemens Ronnefeldt* 10

Der vielfältige Protest gegen Atomwaffen geht weiter – *Tätigkeitsbericht der Friedensarbeit von Marion Küpker ab Juni 2023* 13

Verfassungs- und Völkerrechtsfragen endlich ernst nehmen! – *Willi Rester, Johannes Wollbold und Marion Küpker berichten von der Friedensfahrradtour atomwaffenfrei* 15

Rassismus in der Kirche überwinden – *Annette Nauerth berichtet von der Jahrestagung von Church and Peace* 17

Ohne Waffen, aber nicht wehrlos – *Barbara und Eberhard Bürger berichten vom 16. Werkstatt-Tag in Magdeburg: Soziale Verteidigung und gewaltfreier Widerstand heute* **18**

Vorstandssitzung auf dem Untermühlbachhof im Schwarzwald 19

Regionalgruppe Darmstadt-Odenwald gegründet 19

Seminar „Wurzeln der Gewaltfreiheit“ – *Rudi Mehl berichtet vom Seminar mit Martina Freise und Rainer Gertzen von „Gewaltfrei Handeln“* 20

Termine 21

Was Mitglieder erzählen 22

Bild von Uschi auf Pixabay

Impressum

Versöhnung – Rundbrief 4/2023

Herausgeber: Versöhnungsbund e.V.

Schwarzer Weg 8, 32423 Minden
Tel. 0571-850875, Fax 0571-8292387

vb@versoehnungsbund.de
www.versoehnungsbund.de

Verantwortlich für diese Ausgabe:

Rudolf Mehl, Berthold Keunecke, Dagmar Schulte, Dietlinde Haug

Für den Inhalt der Artikel sind ausschließlich die jeweiligen Autor*innen verantwortlich.

Druck und Versand: Knotenpunkt Offsetdruck GmbH, Buch (Hunsrück)

Das Heft ist gedruckt auf Recyclingpapier, zertifiziert mit dem Umweltzeichen Blauer Engel.

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 20.02.2024

Bild von Ulrike Mai auf Pixabay

Referate für Friedensfragen:

Marion Küpker
Beckstr. 14,
20357 Hamburg
mariongaaa@gmx.de
0172 7713266

Clemens Ronnefeldt
A.-v.-Humboldt-Weg 8a,
85354 Freising
C.Ronnefeldt@t-online.de
08161 547015

Spendenkonto:

Versöhnungsbund e.V., GLS Bank
IBAN: DE40 4306 0967 0033 6655 00
BIC: GENODEM1GLS

Es wird immer schlimmer – warum denn nur?

Berthold Keunecke, Vorstandsmitglied, analysiert aktuelle Kriege konflikttheoretisch

Er verdeutlicht, warum wir gegen die eigenen Leute kämpfen müssen: Nur in der Situation der Schwäche wird Deeskalation möglich.

Ich kann kaum noch Nachrichten anschauen, ohne in Ärger und Ohnmachtsgefühlen zu versinken. Warum die Entwicklung gerade in den aktuellen Kriegen so menschenfressend verläuft, untersuche ich hier, und zeige eine Wegrichtung aus unserem Dilemma heraus auf.

Das Problem der Gewalt ist: Sie rechtfertigt Gegengewalt

Wenn ein Konflikt auf die Ebene der direkten und offenen Gewalt eskaliert, wird es immer immer grausamer: Friedensappelle werden dann als Parteinahme für die jeweiligen Gegner verstanden oder werden von den Konfliktparteien überhört. Deshalb ist es so schwer, deeskalierend zu wirken – und das gilt vor allem für die Konfliktparteien selbst: Sie sind in der Eskalationsdynamik gefangen. Diese Dynamik teilt der Konfliktforscher Friedrich Glasl in 9 Stufen ein, doch auf der Gewaltebene, in den Stufen 7-9, ist nach seiner Analyse ein Machteingriff von außen unabdingbar. Dies kann aber keine direkte Gewalt sein, denn Gewalttäter werden automatisch zur Konfliktpartei, und damit unfähig zur Deeskalation. Gewalt oder Gewaltandrohung kann einen Konflikt im besten Fall für eine kurze Zeit unterbrechen, aber nie lösen.

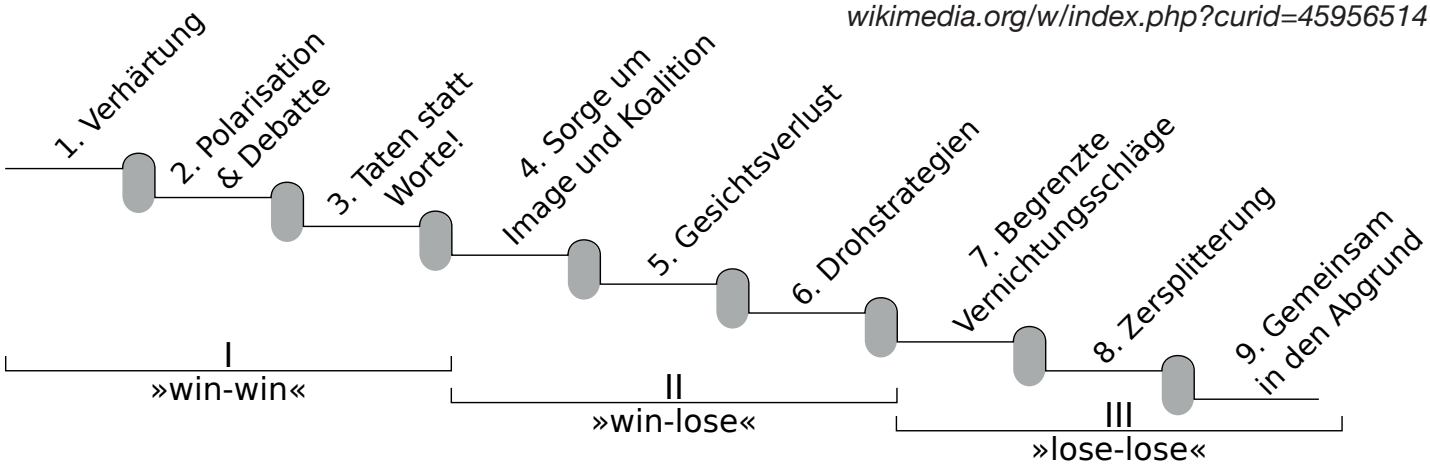
Ein Beispiel aus dem persönlichen Bereich: Die Polizei kann zwei Schläger voneinander trennen – sie sollten aber einander nicht wieder begegnen, solange der Konflikt nicht bearbeitet ist. Das Militär jedoch kann zwei kriegführende Parteien nicht trennen, solange es nicht eine von beiden auslöscht – das aber nennen wir „ethnische Säuberung“, sie darf keine Option sein. Für den aktuellen Gazakrieg bedeutet das: Solange Israel nur die Hamaskämpfer umbringt, ist der Konflikt nicht bearbeitet, sondern eine Märtyrerorganisation geschaffen; mögliche Folgen sind an der Entstehung des IS und an den Taliban in Afghanistan zu sehen. Sobald aber alle Hamas-Anhänger getötet werden sollen, ist das eine ethnische Säuberung, die auf den Staat Israel zurückschlagen wird. Unrecht und Gewalt sind der ideale Nährboden für Terrorismus. Ohne Deeskalation ist die Gewalt einfach nicht zu stoppen.

Die langjährige Erfahrung zeigt: Die stärkeren Waffen schaffen keinen Frieden

Als Gegenargument wird immer auf den 2. Weltkrieg verwiesen, der zu einem begrenzten Frieden geführt hat. Der Sieg von USA, Russland und den Alliierten über das nationalsozialistische Deutschland erbrachte nur einen „begrenzter Frieden“, weil der Ost-West-Konflikt schon in der Appeasementpolitik im Hintergrund stand und nach dem Krieg bald zum Mauerbau und zur Eskalation geführt hat, die nur mühsam durch die Entspannungspolitik und die gewaltfreien Aufstände von 1980 in Polen bis 1989 in der DDR deeskaliert werden konnte.

Seitdem haben die USA zweifellos die stärksten Waffen der Welt. Sie haben aber weder die Vietkong in Vietnam noch in Afghanistan die Taliban besiegen können, sie konnten im Kosovo keinen Frieden schaffen – das versuchen zivile Kräfte und die Polizei seit vielen Jahren mit nur begrenztem Erfolg. Im Irak konnte die gegnerische Armee besiegt werden, die Folge war aber ein instabiler Irak

Phasenmodell der Eskalation *Von Benutzer Sampi – Quelle: Glasl, 1994, S. 216, 218-219, CC BY-SA 2.0 de, https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=45956514*



und die Entstehung des IS mit seinen grausamen Konsequenzen bis heute. Auch Libyen fand nach dem Einsatz westlicher Waffen keinen Frieden, sondern versank im Terror. Ebenso Somalia.

Die trügerische Hoffnung auf die stärkeren Waffen eskaliert die Konflikte: Die NATO-Erweiterungspolitik hat einen starken Anteil an der Entwicklung zur heutigen Kriegssituation in der Ukraine – die aufgerüstete Armee der Ukraine konnte die Toten von Butscha nicht verhindern. Die Kampfplätze in der Ostukraine werden länger unbewohnbar sein.

Israel hat seit vielen Jahren versucht, mit starken polizeilichen und militärischen Mitteln, mit dem Bau einer Trennmauer, mit Checkpoints und Kontrolle und regelmäßigen begrenzten Gazakriegen, den Konflikt um das Land zu „managen", und ist doch grausam gescheitert.

Gründe dafür, dass trotz dieser Erfahrungen auf militärische Sicherheitspolitik vertraut wird, sehe ich in der Trägheit unserer Geisteshaltung, noch immer verhaftet in imperialen Ideen, und in unserer Kultur des Egoismus, die aus dem kapitalistischen Konkurrenzprinzip erwachsen ist. Auch unsere Technikverliebtheit mag eine Rolle spielen. Insgesamt leben wir in einer Gewaltkultur.

Feindbilder sind schließlich normal

Am stärksten wirkt hier wiederum die Eskalationsdynamik: Wenn ein Konflikt in die Ebene der Gewalt eskaliert, sind Feinbilder nicht zu verhindern, auch das zeigt das Eskalationsmodell von Friedrich Glasl. Das Vertrauen in die „eigenen Leute" wächst, das vorher noch vorhandene Vertrauen zum Gegner zerrinnt schon in den Stufen 4-6.

Es ist für die eigene Befindlichkeit viel einfacher, die Schuld für eine Entwicklung bei „den Anderen" zu sehen. Das aber eskaliert den Konflikt. Die Schuldzuweisung erfüllt sofort die Funktion, den Rückhalt der eigenen Konfliktpartei zu stärken, und womöglich den der gegnerischen Partei zu schwächen. Anklagen – heute insbesondere Bilder von zivilen Opfern – kursieren auf beiden Seiten: Sie einigen die eigene Gruppe und stärken so die Solidarität – die geistige Kampfkraft. Der Hinweis, dass die Gegenseite Schutzwürdige wie Frauen und Kinder töten würde, ist in Kriegssituationen normal und meistens auch durch Beweise zu belegen, auf beiden Seiten.

Grausamkeiten finden statt, aber jede Seite lastet sie der Gegenseite an. Informationen dazu können im Normalfall nicht verifiziert werden. Das Sprichwort gilt: Im Krieg stirbt zuerst die Wahrheit. Auch in „unserem Lager": Im Irakkrieg hat die US-amerikanische Regierung gelogen, und hat eigene Grausamkeiten versucht zu vertuschen. Im Kosovokrieg hat auch das Bundesverteidigungsministerium Lügen verbreitet, wie sie z.B. mit dem „Hufeisenplan" verbunden waren.

Der Hinweis darauf kann aber in der aktuellen Situation des Krieges nicht durchdringen: Unsere Feinbilder hindern uns daran. Wir bekommen immer mehr Grausamkeiten zu sehen, weil sie uns immer deutlicher vor Augen gestellt werden, aber auch, weil sie tatsächlich geschehen. Das ist ja das Wesen der Gewalteskalation. Die Feindbilder wachsen in den Stufen 8 und 9 so, dass der dringende Wunsch nach völliger Vernichtung des Gegners entsteht. Dieser Wunsch wird für die aktiv Konfliktbeteiligten zuletzt so stark, dass ihre Selbsterhaltungskräfte dahinter zurücktreten. Wo ein Konflikt nicht deeskaliert wird, überschreitet er alle Grenzen, alle vorhandenen Gewaltmittel werden zuletzt eingesetzt, auch wenn das (wie bei der Atombombe) den eigenen Untergang bedeutet.

Solidarität heißt deshalb Drängen auf Deeskalation

Der einzige Ausweg heißt also Deeskalation. Jeder kleine Schritt in diese Richtung ist wichtig. Das bedeutet zuerst den Verzicht auf Eskalationsschritte, und also auch auf alle Anklagen und Beschuldigungen des Gegners. Kritik der eigenen Partei ist angesagt. Auch wenn das eine Schwächung der eigenen Seite bedeutet: Es ist die einzig zukunftsweisende Solidarität. Verbündete, „die eigenen Leute", müssen zur Deeskalation gedrängt werden – und als Einzelne und als Zivilgesellschaft haben wir da eine große Aufgabe. „Bedingungslose Solidarität" führt dagegen zu Eskalation – so wurde Deutschlands Beteiligung am Afghanistankrieg begründet, und seine Folgen kennen wir – und so helfen wir auch dem Staat Israel aktuell nicht durch Solidaritätsbekundungen, denn die weitere Eskalation gefährdet zuletzt die Existenz dieses kleinen Staates selbst. Nur ein Waffenstillstand kann die Möglichkeit eröffnen, Menschenleben zu schützen, seien es die Geiseln, seien es die palästinensischen Zivilisten, seien es die israelischen Soldaten und die Hamaskämpfer. Sie alle haben ein Recht auf Leben.

Auch für die Ukraine bedeutet echte Solidarität mit den dortigen Menschen die Forderung nach einem Waffenstillstand – solange geschossen und gebombt wird, sterben die Menschen. Immer mehr Opfer für eine bessere Ausgangssituation in den unausweichlichen Waffenstillstandsverhandlungen in Kauf zu nehmen, ist nicht tolerabel.

Nicht die Gewalttäter, die Gewalt selbst muss bekämpft werden!

Wir müssen als Zivilgesellschaft Kräfte entwickeln, die die Gewalt stoppen, die Deeskalation erzwingen. Je stärker die zivilen Kräfte und die wirtschaftliche Macht eines Landes sind, desto größer die Verantwortung. Unsere Bestrebungen können sich dabei immer nur an die eigene Partei wenden, an die Menschen, die uns erreichbar sind. Ein Appell an die Gegenseite, die Gewalt zu stoppen, wird von der nur als Konflikteskalation verstanden werden. Ein solcher Appell kann die Funktion haben, für die eigene Partei glaubwürdig zu wirken, und das mag auch wichtig sein – aber er beinhaltet die Gefahr, die Feindbilder zu verstärken.

Wenn ein Konflikt auf die Ebene der Gewalt eskaliert, wird es für Friedensleute schwierig. Die Forderung nach Deeskalation bedeutet die Schwächung der eigenen Partei. Aber nur in einer Situation der Schwäche wird die Bereitschaft zur Deeskalation wachsen. Wir kämpfen also gegen unsere eigenen Leute, wenn wir deeskalieren wollen. Das macht es so schwierig – aber nötig. Wir müssen die Gewaltideologie bekämpfen, anstatt Gewalttäter zu töten. Nur Schritte zur Deeskalation, und im Anschluss daran die Konfliktbearbeitung, bringen Sicherheit für alle!

Gedanken zum Pazifismus

Ullrich Hahn begründet seine pazifistische Überzeugung

Vorbemerkung:

Ich habe vor nunmehr 50 Jahren als Reservist den Kriegsdienst verweigert. Dies geschah, nachdem ich in der Kaserne erstmals das Neue Testament gelesen habe und insbesondere Leben und Lehre Jesu als richtig im Sinne von vernünftig erkannt habe, unabhängig von einer damit verbundenen Religion.

Die Bergpredigt hat mich sozusagen zur Vernunft gebracht. Für die Begründung meiner pazifistischen Überzeugung kann ich mich deshalb auch auf die Sprache der Vernunft beschränken und muss nicht auf die Autorität theologischer Texte zurückgreifen.

I. Vom Lassen der Gewalt

1. Unsere Rechtsordnung kennt zwei Formen des Pazifismus:

Zum einen das „Bestreben, dem Frieden der Welt zu dienen“ (Präambel des Grundgesetzes) unter gleichzeitiger Rückversicherung auf das Mittel militärischer Gewalt („Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf“, Art. 87a Abs.1 Satz 1 GG).

Für eine Friedenspolitik in diesem Sinne gibt es in der Geschichte durchaus respektable Beispiele (etwa die Ostpolitik Willy Brandts und sein Kniefall in Warschau).

Die andere Form des Pazifismus ist die Verwerfung auch der militärischen Verteidigung, wie sie ihre Grundlage in Art.4 Abs.3 GG findet: „Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden.“

Wie die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und des Bundesverwaltungsgerichts verdeutlicht hat, geht es dabei nicht um eine Art persönlicher Ausmusterung, sondern um die grundsätzliche Ablehnung der Tötung von Menschen auch und gerade im Rahmen eines Verteidigungskrieges, weil diese Gewissensentscheidung des Einzelnen orientiert ist an einer für ihn oder sie verpflichtenden Regel, die Allgemeingültigkeit fordert und damit das Militär als sittlich verwerflich grundsätzlich ablehnt.

„Wer das Töten im Krieg für Unrecht hält, kann diese Überzeugung nicht nur für sich persönlich gewinnen und haben, sondern nur aufgrund ethischer, religiöser, humanitärer oder anderer von ihm für absolut gehaltener Wertmaßstäbe, die er auch an das Verhalten anderer anlegen können muss, solange er sich nicht von allen politischen, sozialen und mitmenschlichen Bezügen lösen will, in die er einbezogen ist.“[1]

2. Gerade wegen dieser genannten Bezüge ist dieser Pazifismus nicht nur Ausdruck einer persönlichen Gesinnung, sondern steht in der Verantwortung für die damit verbundenen Konsequenzen, auch in Anbetracht des „Bösen in der Welt“.

Im Gegensatz zu einer Politik, die primär der eigenen Nation dient,[2]

1) BVerwG, Urteil vom 01.02.1982

2) So der Amtseid des Bundespräsidenten und aller Regierungsmitglieder, Art.56, 64 Abs.2 GG: „Ich

ist der Bezugsrahmen dieses Pazifismus die ganze Menschheit. Jeder Mensch, auch auf der anderen Seite einer Grenze, selbst wenn er sich als Feind erweist, ist einer von uns.

3. So grenzüberschreitend wie der Bezugsrahmen dieses Pazifismus ist auch die zugrunde liegende Ethik.

Die „goldene Regel“ (Was du nicht willst, was man dir tu‘, das füg‘ auch keinem anderen zu) und ihre besondere Ausformung im Gebot „Du sollst nicht töten“ ist seit Jahrtausenden in allen Hochkulturen bekannt, auch wenn sie bis heute zum Schaden der Menschheit nicht immer und in jeder Situation befolgt wurde und wird. Diese kulturübergreifende Ethik findet auch Ausdruck in Albert Schweitzers Ethik einer Ehrfurcht vor dem Leben: „Ich bin Leben inmitten von Leben, das leben will.“

4. Die sittliche Verwerfung jeden Militärs als Unrecht gilt in gleicher Weise auch für die Herstellung und Weiterverbreitung aller Kriegswaffen

(zur Abgrenzung dieser Waffen von Jagd– und Polizeiwaffen siehe die Anlage zum Kriegswaffenkontrollgesetz), nicht nur solchen, die besonders massenmörderisch und hinterhältig sind wie etwa Atomwaffen, Landminen, Streubomben, Drohnen etc.

5. Gegen den dargestellten Anspruch auf Allgemeingültigkeit wird Pazifisten oft der Vorwurf gemacht, sie würden anderen (etwa der Ukraine) vorschreiben, wie sie sich zu verteidigen hätten.

Die Realität ist umgekehrt: Staaten mit allgemeiner Wehrpflicht schreiben vor, welche Menschen sich dem militärischen Befehl zum Töten und sich töten zu lassen bei Strafandrohung unterwerfen müssen. Und weit über das Leben der Soldaten hinaus hat jeder Krieg unabsehbare, fremdbestimmte Auswirkungen auf das Leben anderer Menschen bis hin zur ganzen Menschheit.

Der Pazifismus hingegen versucht zu überzeugen; er hat gar nicht die Macht, Vorschriften zu machen und strebt eine solche Macht auch gar nicht an.

6. Richtig bleibt aber, dass das bloße Lassen der Gewalt Wirkung hat:

Der Krieg (auch in der Ukraine) hört auf, wenn auch nur eine der beiden Seiten die Waffen niederlegt. Dem entspricht, dass der Krieg überhaupt erst mit der militärischen Verteidigung beginnt(3)[3]. Auch der zu Unrecht angegriffene Verteidiger trägt durch den Einsatz militärischer Waffen Mitverantwortung für den Krieg und seine Folgen.

II. Kritik der Selbstverteidigung – eine Philosophie der Gewalt

1. Ähnlich wie das deutsche Grundgesetz in seiner Präambel nennt auch die UN Charta von 1945 den Weltfrieden als ihr Ziel

(„…..künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren….). Sie gibt aber ein Recht zum Krieg, wenn er der Verteidigung dient (Art. 51: „Diese Charta beeinträchtigt im Falle eines bewaffneten Angriffs gegen ein Mitglied der UN keineswegs das naturgegebene Recht zur individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung.“).

Die gleiche Abfolge kennen auch die Friedensdenkschriften der deutschen Kirchen: am Anfang steht immer die Gewaltlosigkeit Jesu, bei den politischen Konkretionen bekommt dann die Ultima Ratio militärischer Gewalt ihr Recht.

2. Dieses Recht zum Krieg, auch wenn er der Verteidigung dient, entspricht nicht der Haltung des auf Waffen verzichtenden Pazifismus.

Unter dem Titel „Selbstverteidigung“ rechnet das Kriegsvölkerrecht mit der Durchführung von Kriegen und die Staaten rüsten ihm entgegen. Mehr als zwei Billionen Euro jedes Jahr werden für diesen Zweck ausgegeben. Die Zerstörungskraft der aufgehäuften Waffen reicht zur Vernichtung der Menschheit und die Ausgaben hierfür fehlen selbst ohne die Durchführung des vorbereiteten Krieges bei der notwendigen Erhaltung der Lebensgrundlagen und Überwindung der weltweiten Ungerechtigkeit.

3. Auch wenn ein anderer Teil des Kriegsvölkerrechts unter dem Einfluss pazifistischer Bemühungen Regeln für die Durchführung eines Krieges vorgibt

(das „Recht im Krieg“: Verbot mancher Waffen, der Zerstörung ziviler Einrichtungen etc.) sind die Verstöße hiergegen, die „Kriegsverbrechen“, Folgen jeden Krieges. Der Vater aller Kriegsverbrechen ist der Krieg selber. Selbst ohne solche, als Kriegsverbrechen bezeichneten Exzesse, gibt es keinen sauberen Krieg, auch nicht auf Seiten des Verteidigers(4)[4].

---

schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohl des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden……werde“

3) „Wenn wir uns die Entstehung des Krieges philosophisch denken, so entsteht der eigentliche Begriff des Krieges nicht mit dem Angriff, weil dieser nicht sowohl den Kampf als die Besitznahme zum absoluten Zweck hat, sondern er entsteht erst mit der Verteidigung, denn diese hat den Kampf zu unmittelbaren Zweck, weil Abwehren und Kämpfen offenbar eins ist.“ Carl von Clausewitz, Vom Krieg II. Teil, 6. Buch , 7. Kapitel

4) „Der Einsatz bewaffneter militärischer Gewalt führt stets fast auto-

4. Bei der Betonung des den Verteidigungskrieg erlaubenden Teils des Völkerrechts wird regelmäßig ein anderer Teil vergessen, der dem Schutz der Menschenrechte gewidmet ist:

die allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948 stellt fest: „Jeder hat das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person“ (Art.3; entsprechend Art.2 Abs.2 GG: „Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit.“).

Vom ersten Tag eines Krieges an wird dieses Recht von beiden Seiten verletzt und mit Militärstiefeln in den Dreck gestampft.

5. Wer zu seiner Sicherheit und Verteidigung auf Bewaffnung setzt, unterliegt der Logik oder der Philosophie der Gewalt:

a) Der Stärkere gewinnt, nicht unbedingt wer im Recht ist. Dies bedingt notwendigerweise eine dauerhafte Aufrüstung. Die Folge ist eine Rüstungsspirale, denn die andere Seite fühlt sich auch durch die Aufrüstung des Gegenübers bedroht (so auch schon Kant, Zum ewigen Frieden, 1795: „Stehende Heere… sollen mit der Zeit ganz aufhören, denn sie bedrohen andere Staaten unaufhörlich mit Krieg durch die Bereitschaft, immer dazu gerüstet zu erscheinen.“).

b) Die Gewalt ist immer auch dominant. Sie verdrängt schon im Denken andere Wege zum Frieden. Nach ihrem eigenen Anspruch ist sie jederzeit zum Einsatz bereit und verspricht irrtümlicherweise schnellen Erfolg. In dem von der Gewalt vorgegebenen Zeit- und Handlungsrahmen haben gewaltlose Wege keine realistische Chance.

c) Die eingesetzten Methoden der Gewalt prägen dann auch das Ergebnis. Je länger ein Krieg dauert, desto größer sind nicht nur der Verlust von Leben und die Zerstörung materieller Güter; auch die zu Beginn hochgehaltene Freiheit und Demokratie bleiben auf der Strecke und werden zu Gunsten der Erfordernisse des Militärs verdrängt. (Das Gleiche geschah und geschieht auch bei gewaltsamen Befreiungsbewegungen. Soweit sie erfolgreich sind, enden sie zumeist in Diktaturen.)

6. Die Gewalt ist deshalb ein untaugliches Mittel, um Recht durchzusetzen.

In seinem Ursprung hatte das Recht immer die Funktion gehabt, sich der Macht und der Gewalt entgegen zu stellen (siehe z.B. die Ohnmacht der Propheten bei ihrer Kritik der Mächtigen). Ein starkes Recht wirkt nicht durch die Gewalt der Staatsmacht oder der Strafjustiz, sondern durch die Überzeugungskraft, die auf der Wahrheit beruht, so auch Hannah Arendt in ‚Wahrheit und Lüge in der Politik‘: „Zwar ist Wahrheit ohnmächtig und wird in unmittelbarem Zusammenprall mit den bestehenden Mächten und Interessen immer den Kürzeren ziehen, aber sie hat eine Kraft eigener Art: es gibt nichts, was sie ersetzen könnte.“

III. Vom Ärgernis derer, die nicht mitmachen

1. Wer sich in Zeiten des Krieges als Pazifist bekennt und deshalb Waffen und Waffenlieferungen ablehnt, muss damit rechnen, in der Gesellschaft beschimpft zu werden und in vielen Staaten auch die Freiheit zu verlieren.

Nicht der außenpolitische Gegner und Feind wird dem Pazifisten und Kriegsdienstverweigerer gefährlich, sondern jeweils die eigene Regierung.

2. In der Geschichte waren Kriegsdienstverweigerer und pazifistisch gesinnte Bevölkerungsgruppen immer eine Minderheit und wurden staatlicherseits sowohl vor als auch nach der konstantinischen Wende (4. Jahrhundert n. Chr.) verfolgt und vertrieben.

Dies geschah dann auch nach der Reformation mit den Gruppen der Täufer (Mennoniten, Brethren, Hutterer) und später auch den russischen Duchoborzen.

Erst mit Leo Tolstoi erhielten Kriegsdienstverweigerer weltweit einen berühmten Fürsprecher und Unterstützer. Im 1. Weltkrieg wurden seine pazifistischen Schriften verboten und später auch nicht mehr aufgelegt.

1933 fiel die reichhaltige pazifistische Literatur der Nachkriegszeit der Zensur und den Bücherverbrennungen zum Opfer. Deutsche Pazifisten kamen ins KZ und nach Kriegsbeginn auf das Schafott, in den westlichen Staaten (USA und England) zumindest ins Gefängnis oder Bergwerk.

Diese letzten Erfahrungen führten immerhin zum Recht auf Kriegsdienstverweigerung im Grundgesetz und damit zur Anerkennung von einer ethischen und politischen Haltung, die sich gegen das Selbstverständnis des Militärs und einer militärischen Verteidigung richtet. Mit dem Art.4 Abs.3 GG wird dieser Haltung zumindest Respekt gezollt. Wer sie beschimpft, hat sowohl die Vorgeschichte als auch das Grundgesetz nicht verstanden.

3. Bisher wurde noch kein Krieg durch eine massenhafte Verweigerung des Kriegsdienstes verhindert.

Wenn fast alle Staaten in Vergangenheit und Gegenwart so empfindlich

---

matisch zu Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen. Es gibt keinen Militäreinsatz ohne Verbrechen.“ Hans-Peter Kaul, ehem. Deutscher Richter am Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag

auf die wenigen Verweigerer und ihre Literatur reagieren, mag das verwundern. Vermutlich wird aber schon durch eine kleine Minderheit der gewünschte und notwendige Konsens für den jeweiligen (Verteidigungs-)Krieg empfindlich gestört. Jeder Zweifel an Rüstung und Waffenlieferung ist in Kriegszeiten unerwünscht. Diesen Zweifel aber zu säen, ist deshalb die erste wirksame Aufgabe der Pazifisten in solchen Zeiten.

Tolstoi schreibt: „Die Regierungen können und müssen die Kriegsdienstverweigerer fürchten und fürchten sie auch, denn jede Verweigerung erschüttert die Lüge, mit der die Regierungen die Bevölkerung täuschen. Die Kriegsdienstverweigerer dagegen haben nicht den geringsten Grund, eine Regierung zu fürchten, die von ihnen Verbrechen fordert“[5].

IV. Was ist die Alternative?

1. Die Frage an die Pazifisten lautet in der Regel, was sie denn tun, um Unrecht und Gewalt zu wehren.

In Zeiten des Krieges geht es in erster Linie aber nicht um ein Tun, sondern um das Lassen: die Verweigerung der eigenen Mitwirkung am Töten im Krieg und jeglicher Legitimation sowohl des angreifenden aber auch des verteidigenden Militärs. (Wilhelm Busch: „Das Gute, dieser Satz steht fest, ist stets das Böse, das man lässt“).

2. In Zeiten nach dem Krieg geht es um die Aufgabe der Versöhnung

(z.B. die Arbeit des internationalen Versöhnungsbundes nach dem 1. Weltkrieg sowohl in Polen als auch in Frankreich, die Arbeit von Pax Christi nach dem 2. Weltkrieg, ebenfalls in diesen beiden Ländern; auch die Hilfe der zuvor in ihren Heimatländern England und USA für ihre Verweigerung bestraften Quäker für die nach 1945 notleidende deutsche Bevölkerung: „Quäkerspeise, Carepakete“).

Diese Versöhnungsarbeit fällt Pazifisten umso leichter, als sie sich vor und während des Krieges nicht den vorherrschenden und von den Kriegsparteien gepflegten Feindbildern unterworfen haben.

3. In der Zeit vor dem Krieg geht es politisch um die vollständige, auch einseitige Abrüstung

- vor allem als Forderung gegenüber der jeweils eigenen Regierung.

Hierfür bedarf es keiner Verhandlungen. Über die Beendigung von Unrecht muss nicht verhandelt, es muss vollzogen werden. Verhandlungen sind dann an der Zeit, wenn es um die gemeinsame Zukunft geht.

Für dieses Ziel bedarf es auch keiner gewaltfreien, sozialen Verteidigung als Voraussetzung für den Verzicht auf das Militär. Das Modell einer „sozialen Verteidigung“ wäre eine dem Pazifismus gemäße Form der Verteidigung, ist aber keine Bedingung für die Abrüstung.

4. Das Gegenteil der Gewalt ist nicht die Gewaltlosigkeit, sondern Gerechtigkeit.

Letztlich wird sich auch nur eine sozial gerechte Gesellschaft ohne Gewalt verteidigen lassen. Das schließt auch die wirtschaftliche Gerechtigkeit im internationalen Zusammenleben ein.

Ein aktiver Pazifismus wird darum ringen, jegliche ungerechten Strukturen der Gewalt zu überwinden. Das bezieht sich unter anderem auf

- offene, zumindest durchlässige Grenzen,
- den Ausgleich von privatem Reichtum und Armut mit dem Ziel eines guten Lebens für alle,
- eine Wirtschaft und einen Konsum, der die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen im Blick behält,
- die Überwindung von Strafe und Strafvollzug (restorative justice),
- die Überwindung des Nationalismus mit seiner Idee einer ethnisch homogenen Bevölkerung, die in einem vorgegebenen Territorium lebt, dessen Grenzen zumeist das Produkt vorangegangener Kriege ist. Ziel ist ein Leben in der Vielfalt der Kulturen und Sprachen (Erich Fromm: „Nationalismus ist eine Form von Patriotismus, die die eigene Nation über die Menschheit stellt, über die Prinzipien von Wahrheit und Gerechtigkeit.“).

5. Für einen aktiven Pazifismus werden die Methoden der politischen Arbeit ausschließlich gewaltfrei sein.

Die Mittel müssen dem Zweck entsprechen, der Weg dem zu erreichenden Ziel.

In der Tradition von Gandhis politischer Ethik lassen sich vier Handlungsebenen unterscheiden, die alle gleichzeitig beachtet werden sollten:

- nicht selbst Unrecht tun, d.h. das Unrecht lassen
- mit dem Unrecht auch nicht zusammenarbeiten, es nicht mit Wort und Tat legitimieren,
- gegen das Unrecht aktiv Widerstand leisten, beginnend mit dem deutlichen Widerspruch bis hin zur gewaltfreien Aktion, die zum Ziel hat, mit der Gegenseite ins Gespräch zu kommen,
- mit der Gestaltung einer gerechten Gesellschaft beginnen.

5) Carthago delenda est, Tolstoi Friedensbibliotek, Reihe B, Band 2, Seite 125

Friedenslogische Ansätze im Nahost-Konflikt

von Clemens Ronnefeldt

1. Zwei Narrative anerkennen

Im Nahostkonflikt gibt es zwei Narrative, die häufig in sich geschlossen erzählt werden. Friedenslogik bedeutet, in die Schuhe der jeweils anderen Seite zu schlüpfen – was für beide Seiten mit Herausforderungen verbunden ist.

a) Israelisches Narrativ

Immer wieder habe ich persönlich in Israel dieses Narrativ gehört:

Wir sind ein kleines Volk von rund sieben Millionen Menschen, umringt von rund 300 Millionen feindlich gesinnter Muslime. Wir haben mehr als 2000 Jahre Geschichte der Verfolgung erlebt, wurden als Jesus-Mörder, Brunnenvergifter und Geldeintreiber beschimpft. In der Shoa wurden sechs Millionen Menschen jüdischen Glaubens ermordet. Wir brauchten einen sicheren Ort auf der Welt – in unserer alten Heimat, wo das jüdische Leben nie ganz erloschen ist.

Es waren die Araber, die den Teilungsplan nicht angenommen haben. Nicht nur 750 bis 800 Tausend Araber sind 1947/48 geflohen, auch rund eine Million Juden mussten die arabische Welt verlassen. Die arabische Seite hat mehrere Versuche unternommen, uns ins Meer zu treiben – wäre sie nur einmal erfolgreich gewesen, würde es heute Israel nicht mehr geben.

Wir haben im Jahre 2000 den Südlibanon verlassen – was haben wir bekommen? Raketen der Hizbollah im Krieg 2006. Wir haben 2005 den Gazastreifen verlassen und rund 7000 Menschen jüdischen Glaubens umgesiedelt – was haben wir bekommen? Raketen der Hamas, die bis heute in ihrer Charta nicht bereit ist, unser Existenzrecht anzuerkennen.

Ohne den Bau der Mauer und des Sicherheitszaunes wären die Selbstmordattentate nach 2002 weitergegangen. Wir werden uns nie wieder zur Schlachtbank führen lassen. Wenn wir nicht stark sind, werden wir nicht überleben.

b) Palästinensisches Narrativ

In den palästinensischen Gebieten habe ich häufig dieses Narrativ gehört:

Wir sind die Opfer von Opfern. Wer hat der UN-Teilungsplankommission das Recht gegeben, unser Land 1947 aufzuteilen und noch dazu so ungerecht bezüglich des Wassers und des Landes: 44% nur für uns und 55% für die Juden – obwohl wir soviel mehr Menschen damals waren?

Der Antisemitismus war ein europäisches Problem. Warum haben die Europäer die Frage einer Heimat für verfolgte Juden nicht dort gelöst, wo sie entstanden ist?

Warum werden UN-Resolutionen so unterschiedlich gehandhabt und die UN-Resolution 194 mit dem Recht der Rückkehr unserer Vertriebenen der Nakba oder der UN-Resolutionen 242 zur Beendigung der Besatzung nicht umgesetzt, so wie die Besatzung Kuweits durch Irak 1990 bereits 1991 beendet wurde?

Warum darf die israelische Besatzungsmacht tausende unserer Häuser zerstören aus angeblichen Sicherheitsgründen, für den Bau der Mauer oder des Zaunes? Wieso nimmt die internationale Gemeinschaft hin, dass mehr als 5000 Palästinenser in israelischen Gefängnissen eingesperrt sind, teilweise misshandelt und gefoltert werden, darunter sogar Kinder, wie doch öffentlich in den Berichten von Amnesty International nachzulesen ist?

Wann endet unser Albtraum endlich?

Friedenslogik heißt,

zunächst einmal anzuerkennen, dass es diese beiden Narrative gibt; beide Seiten einzuladen, in die Schuhe der jeweils anderen Seite zu schlüpfen – im Bewusstein, dass es sich um einen asymmetrischen Konflikt handelt, bei der die israelische Seite militärisch nicht nur hoch überlegen ist, sondern als Besatzungsmacht zudem UN-Sicherheitsbeschlüsse seit Jahrzehnten ignoriert.

Alternativen jenseits der Zweistaaten- oder Ein-Staat-Lösung

Möglicherweise liegen zukünftige friedenslogische Lösungen, die ein einigermaßen befriedigendes Maß an Perspektiven für beide Konfliktparteien enthalten, jenseits der gängigen Denkvorstellungen wie Zweistaaten- oder Ein-Staat-Lösung.

a) Parallel-States-Project der Lund-Universität

Israelische und palästinensische Akademiker, die an der schwedischen Lund-Universität geforscht haben, bringen eine zunächst utopisch klingende Variante in die Diskussion. In ihrem „Parallel-States-Project“[1] schlagen sie zur Lösung des Jahrhundert-Konflikts zwei parallele Staatsstrukturen auf einem gemeinsamen Territorium vor. Diesem Ansatz zufolge gäbe es zwei Staaten,

1) http://portal.research.lu.se/portal/en/publications/one-land--two-states-draft-report-of-the-parallel-states-project(0dc73b5e-5f1d-4f9c-a049-2f3d4f6d48b8).html

Israel und Palästina, mit jeweils eigenen Pässen, eigenen Flaggen, eigenen Nationalhymnen, allen Symbolen und Äußerlichkeiten der beiden Staaten – mit der weltweit einzigartigen Variante: einem gemeinsamen Territorium. Beide Regierungen von beiden Parallelstaaten, die auf nationaler Identität beruhen, würden die Bereiche Religion, Kultur und Nationalität ihrer Bürger unabhängig von deren Wohnort verwalten und zusammen die Bereiche Sicherheit, Infrastruktur und andere gemeinsame Belange koordinieren.

Auf Grundlage der Wasser-Situation, der Arbeitsmarktlage und zahlreicher anderer Faktoren wäre eine solche derzeit unrealistisch erscheinende Lösung eine „Win-win-Perspektive“. Noch scheint die Zeit nicht reif dafür – aktuelle Entwicklungen zeigen ins Gegenteil.

b) Ein-Staat-Vorschlag von Sari Nusseibeh

Noch einen Schritt weiter als die Nahost-Forscher*innen der Lund-Universität geht Sari Nusseibeh, Präsident der Al-Quds-Universität in Jerusalem, von 2001 bis 2002 Statthalter der PLO in Jerusalem, in seinem Buch *„Ein Staat für Palästina? Plädoyer für eine Zivilgesellschaft in Nahost“*, München 2012: *„Wir müssen die gegenwärtige Realität neu zeichnen, um sowohl der palästinensischen als auch der israelischen Öffentlichkeit eine alternative Vision der Zukunft zu liefern, die so überwältigend ist, dass die Bedeutung des heutigen politischen Gerangels verblasst“* (S.164). Dazu stellt Sari Nusseibeh grundlegende Fragen wie: *„Wozu sind Staaten gut?“*

Auf Seite 16f schreibt er: *„Als Gedankenexperiment möchte ich eine Maßnahme vorschlagen, die so anstößig ist, dass sie zu ihrer eigenen Aufhebung führen könnte, (...) In diesem Sinne schlage ich vor, das Israel die besetzten Gebiete offiziell annektiert, die Palästinenser in dem so vergrößerten Israel akzeptiert, dass dieser Staat jüdisch bleibt und sie im Gegenzug sämtliche bürgerlichen, wenn auch nicht politischen Rechte erhalten. Damit wäre der Staat jüdisch, das Land hingegen wirklich binational, und es würde für das Wohl aller Araber in diesem Land gesorgt. Angesichts der Forderung Israels, als jüdischer Staat anerkannt zu werden, und so lange es sich weigert, den Palästinensern die Staatsbürgerschaft zu gewähren, sind die vollen Bürgerrechte, wenn auch ohne aktives und passives Wahlrecht, deren beste Option – sie könnten dann die bürgerlichen Vorteile der de facto Ein-Staaten-Lösung genießen, ohne beschuldigt zu werden, die Jüdischkeit des Staates zu verwässern oder zu ‚besudeln‘. Auf jeden Fall würde es ihnen unter solchen Bedingungen weitaus besser gehen als in den vierzig Jahren Okkupation oder in einem anderen denkbaren Szenario: der israelischen Hegemonie über verstreute, ‚autonome‘ palästinensische Enklaven“.*

Sari Nusseibeh beendet sein visionär-revolutionäres Buch im Geiste Gandhis mit den Sätzen: „Am Ende des Prozesses oder auf halber Strecke *könnte die Palästinensische Autonomiebehörde der politische Fixpunkt aller Palästinenser und damit in einer föderalistischen Zukunft der gleichwertige Partner des israelischen Staats sein. Doch wie auch immer das ‚Endspiel‘ am Schluss gestaltet werden wird, sollte man sich tunlichst daran erinnern, dass jegliche Partnerschaft dieser Art auf den komplementären Prinzipien von Freiheit und Gleichheit beruhen muss, das heißt, auf dem Prinzip, dass beide Seiten den Freiraum erhalten, ihr Entwicklungspotenzial auszuschöpfen, ohne dass das Entwicklungspotenzial des Partners beschnitten wird. Erst wenn sich dieses (zweiseitige) Prinzip durchsetzt, kann man sicher sein, Gerechtigkeit in ihrer unter den herrschenden Bedingungen bestmöglichen Form erreicht zu haben“.*

„Ersatzland"-Überlegungen

In dem Buch von Rainer Hermann, *Arabisches Beben. Die wahren Gründe der Krise im Nahen Osten*. Klett-Cotta-Verlag, Stuttgart 2018, schreibt der Autor:

„Unter dem Begriff ‚Jahrhundertdeal' wird zunehmend eine vor allem von Israel diskutierte Lösung diskutiert, dass die Palästinenser auf einen Teil der Westbank verzichten und dafür im Nordsinai ein ‚Ersatzland' angeboten bekommen" (S. 18).

Gegen Ende seines Buches kommt Rainer Hermann noch einmal auf diesen Plan zurück:

„Seit 2017 fordern Politiker der israelischen Regierungspartei Likud auch öffentlich, den Nordsinai den Palästinensern als ‚Ersatzland' zu geben. Dazu werden nun auch die Voraussetzungen geschaffen: In dem Landstrich westlich von Gaza enteignet Ägypten unter dem Vorwand der Terrorbekämpfung Dörfer und macht sie dem Erdboden gleich, und Ägypten verkaufte 2016 seine zwei Inseln in der Einfahrt in den Golf von Aqaba, Tiran und Sanafir, an Saudi-Arabien, das damit eine Mitverantwortung für den Sinai erhält. Die Araber sind zu schwach, um gegen dieses Projekt Widerstand leisten zu können, und die junge Generation der Muslime kennt nur einen Konflikt um Palästina, in dem sich immer Israel durchgesetzt hat. Schwerer wiegt, dass die einzige starke arabische Macht, Saudi-Arabien, in der Gegenwart im Konflikt mit Iran auf die USA und auf Israel angewiesen ist, und Ägypten kann ohne amerikanische Militär- und Wirtschaftshilfe kaum überleben" (S. 335).

Bereits am 16.12.2017 hatte Rainer Hermann in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, wo er für die Region Naher und Mittlerer Osten als Redakteur zuständig ist, auf diese Pläne hingewiesen[2].

Am 6. November 2018 berichtete die „Times of Israel"[3]:

„Premierminister Benjamin Netanyahu soll den Abgeordneten in seiner regierenden Likudpartei am Montag gesagt haben, dass mächtige Länder ohne Konsequenzen Gebiete besetzen und Völker transferieren können. Dabei bezog er sich anscheinend auf die scheinbare arabische Gleichgültigkeit der Araber im Hinblick auf Israels Kontrolle über die Westbank. ‚Macht ist die bedeutendste (Komponente) der Außenpolitik. 'Besetzung' ist Unsinn. Es gab große Länder, die Völker besetzt und transferiert haben, und niemand spricht über sie,' wurde Netanyahu am Montag vom Armee-Radio anlässlich der geschlossenen Fraktionssitzung der Likud zitiert" (Übersetzung: Inga Gelsdorf).

Vor diesem Hintergrund erscheinen die Anerkennung ganz Jerusalems als israelische Hauptstadt und die Verlegung des US-Botschaft durch die Trump-Administration noch einmal in neuem Licht, ebenso das neue „Nationalitätsgesetz" in Israel, das u.a. die hebräische Sprache als alleinige offzielle Amtssprache definiert und die bisherige Amtsprache Arabisch zu einem Sonderstatus herabstuft.

Aus palästinensischer Sicht würde der „Ersatzland"-Plan der israelischen Regierung die Traumata der Vertreibungen der Jahre 1947/1948 erneut hervorrufen – und scheidet daher als „gerechte Lösung" für den Nahost-Konflikt aus.

Alle vorgestellten friedenslogischen Gedanken, Pläne und unterstützenswerten Initiativen sind ohne Berücksichtigung und Lösungen auch der religiösen Aspekte dieses Konfliktes zum Scheitern verurteilt.

Daher kommt dem interreligiösen Dialog – wenn möglich vermittelt durch eine allparteiliche Mediation von außen – eine zentrale Bedeutung zu.

Am 24. November 2018 lud das FORUM FRIEDENSETHIK in der Evangelischen Landeskirche in Baden nach Karlsruhe zu einem Studientag ein zum Thema: „Deutschlands Beitrag zu einem gerechten Frieden in Palästina und Israel?"

Clemens Ronnefeldt trug die Grundsätze dieses Artikels auf dieser Tagung vor

Karrikatur: https://www.clementi.de/nlarchvparser/dezember-suedtirol-1/

Bilder: Archiv Clemens Ronnefeldt

---

2) http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/israel-und-palaestina-was-koennte-die-loesung-des-konflikts-sein-15342741.html

3) https://www.timesofisrael.com/netanyahu-says-occupation-is-baloney-if-a-country-is-powerful-enough-reports/

Der vielfältige Protest gegen Atomwaffen geht weiter

Tätigkeitsbericht der Friedensarbeit von Marion Küpker ab Juni 2023

Sechster Kirchlicher Aktionstag am 24. Juni in Büchel

Die Projektgruppe „Kirchen gegen Atomwaffen“, die aus Vertreterinnen und Vertretern mehrerer evangelischer Landeskirchen sowie der katholischen Friedensbewegung pax christi besteht, organisierte den sechsten Kirchlichen Aktionstag mit Professor Dr. Jochen Cornelius-Bundschuh für den 24. Juni. Bei warmem-Sommerwetter predigte der frühere badische Landesbischof der Evangelischen Kirche vor ca. 120 Menschen am Bücheler Haupttor unter dem Motto „Wende für den Frieden“. Cornelius-Bundschuh benannte, dass Atomwaffen in einer demokratischen Welt keinen Platz haben und über Sicherheit und militärische Komponenten neu nachgedacht werden müsse. Der Präses der evangelischen Kirche im Rheinland, Thorsten Latzel, nannte in seiner Grußbotschaft die Atomwaffen eine „zivisilatorische Bedrohung“. Als Rednerin sprach ich zum aktuellen Stand der Atomwaffen-Neustationierung auf dem Fliegerhorst Büchel und stellte die Aktionen der diesjährigen Aktionspräsenz vor.

Bekannt ist bereits, dass am 25. Mai 2024 der siebte Kirchliche Aktionstag mit Friedrich Kramer, dem Friedensbeauftragten des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), stattfinden wird. Vielleicht werden dann schon die neuen B61-12 Atombomben angekommen sein.

ICAN International kritisiert die Nukleare Teilhabe

Während sich vom 7. bis 16. Juli einige VB-Mitglieder, darunter unsere Vorsitzende Annette Nauerth am Friedensmarsch mit dem Titel „Kleiner Kreuzweg für die Schöpfung“ von Lützerath über Nörvenich nach Büchel begaben (Kreuzweg für die Schöpfung), hat sich bezüglich der „Nuklearen Teilhabe“ tatsächlich einiges getan:

Nachdem mein Mann John und ich im März 2023 in Oslo auf der „Act on It-ICAN Konferenz“ die Bedeutung der Völkerrechtswidrigkeit der Nuklearen Teilhabe und unsere Beschwerden bei den Obersten Gerichten thematisierten – mittlerweile sind es 20 /(21) Verfassungsbeschwerden gegen 20 Atombomben – wurde nun im Juli 2023 auf der NVV PrepCom in Wien von ICAN International die Nukleare Teilhabe kritisiert (und zwar namentlich mit allen Ländern, die Teil darin sind). Die PrepCom ist die Vorbereitungskonferenz für die nächste Atomwaffen-Nichtverbreitungs-Vertragskonferenz (NVV), die im Jahr 2026 in der UN in New York stattfinden wird.

Das ICAN-Statement wurde von der ICAN Kampaignerin Elisabeth Saar, aus Deutschland, vorgetragen: ICAN’s message to #NPT2023: It‘s time to end nuclear sharing.

Bereits am 5. April 2023 reichte IALANA Deutschland gemeinsam mit dem Lawyers Committee on Nuclear Policy beim „The United Nations Human Rights Council Universal Periodic Review 44th Session of the UPR Working Group, November 2023“ ein Arbeitspaier: „Germany‘s Nuclear Weapons Policies and Human Rights Law Including the Right to Life: Article 6 of the International Convenant on Civil and Political Rights“ zur Überprüfung ein.

Dieses soll Anfang November 2023 in der UN in Genf behandelt werden.

Zudem wurde in der PrepCom vom Lawyers Committee on Nuclear Policy ein Antrag eingereicht, das sich auf der kommenden NVV-Konferenz auch mit dem Thema der Nuklearen Teilhabe beschäftigt werden soll.

Internationale Proteste in Volkel (NL) und Büchel

Für den 4. bis 10. August organisierten erstmalig die Amsterdamer Catholic Workers aus unserer Internationalen Gruppe die Aktionen des Zivilen Ungehorsam, mit Blockade und einem „Go-In“, an und in dem niederländischen Atomwaffen-Stützpunkt Volkel, an denen auch John und ich mitarbeiteten. Mit übergroßen Bücher-Attrappen zum Atomwaffenverbotsvertrag (und der Doomsday Clock) und auch mit den NVV Arti-

Morgengrauen von Martina Jäger

kelgesetzen 1+2, die vor das Haupttor gestellt und auf die Landebahn geklebt wurden, machten wir auch hier auf die Völkerrechtswidrigkeit der Nuklearen Teilhabe aufmerksam. In der Delegation waren wieder 10 U.S. Aktive und 15 weitere aus Deutschland dabei.

Auf der Landebahn in Volkel ist die U.S. Amerikanerin Ellen Grady mit dem NVV Art. 1+2. Sie hatte am 4. April 2018, dem Ermordungstag von Martin Luther King, an der Kings Bay Naval Submarine Basis mit sechs weiteren Aktiven an einer Pflugscharaktion gegen die dortigen U-Boot-Atomraketen teilgenommen.

Im Anschluss wurden die Internationalen Tage vom 10 bis 15. August in Büchel fortgesetzt: gemahnt, blockiert und auch dort die NVV-Artikel 1+2 auf die Zufahrt der Militärbasis geklebt. Parallel haben wir Beschwerdeführenden unsere Karlsruhe Performance geprobt. Vier Tage waren die Volkel-Proteste in den niederländischen Medien und in den USA berichtete Amy Goodmann in Democracy Now im Fernsehen im Interview mit John LaForge und Susan Crane, nachdem ich im Auto nicht erreichbar war.

In den Niederlanden wird leider keine ähnlich geartete rechtliche Verfolgung wie in Deutschland durchgeführt: Die (internationalen) AktivistInnen erhielten ein Bußgeld über 100 Euro und einige der Internationalen haben einen Stempel im Pass bekommen, mit dem sie für ein Jahr nicht in Europa einreisen dürfen. Gerichtsprozesse durch die Instanzen, die auch in den Niederlanden das Internationale Recht zur Anwendung bringen könnten, erscheinen hier aussichtslos. Dafür ist die Verbindung mit der Klimabewegung in den Niederlanden wesentlich stärker.

Am 25. August durften John und ich auf der Jahreskonferenz von Veterans for Peace (USA) mit über 100 Menschen ein zweistündiges Webinar zum „Widerstand gegen die Nukleare Teilhabe in Europa“ durchführen.

Selencina-Webinar

Am 6. September war ich eine der ReferentInnen im Selencina-Webinar, in dem die Perspektiven im Kampf gegen Atomwaffen vieler Länder Europas Thema waren.

Hierüber werde ich das nächste Mal berichten können.

Kommendes

Am 14. November fliege ich zu John in die USA, um gemeinsam mit drei weiteren aus dem Nukewatch-Staff weitere Proteste zur zweiten Verbotsvertrag-Staatenkonferenz der UN (2Members of State Parties/2MSP) in New York vorzubereiten. Wir werden vom 25. November bis 1. Dezember an den dortigen Aktionen und Konferenzen etc. teilnehmen. Mehrere Webinare (u.a. eines mit mir zum Thema Nukleare Teilhabe) werden aktuell von Aktiven unserer Trägerkreis-Kampagne und ICAN-Partnern vorbereitet und ein zusätzliches von Nukewatch für das US-amerikanische Publikum. Es wird in Englisch in den USA weiter an einem Flugblatt zur Nuklearen Teilhabe und eine gewaltfreie Aktion an der „UN Mission to the United States“ für New York gearbeitet.

Für New York wurde ich zudem vom International Peace Bureau, der Campaign for Peace, Disarmament and Common Security, und der Rosa Luxemburg Stiftung eingeladen, an einer Panel-Diskussion und einem Roundtable mit AbrüstungsexpertInnen zu referieren und teilzunehmen.

Für den 18. November hat mich die schottische Kampagne für Nukleare Abrüstung (Schottisch CND) eingeladen, im Webinar auf ihrer jährlichen Generalversammlung 20 Minuten das Eingangsreferat über unsere deutsche Kampagne ‘Büchel is everywhere! nuclear weapons-free now’ zu halten und ihnen weitere 20 Minuten für Fragen und Antworten zur Verfügung zu stehen.

Sämtliche Fotos zu diesem und dem nächsten Artikel von Stefanie Intweenv

Verfassungs- und Völkerrechtsfragen endlich ernst nehmen!

Willi Rester, Johannes Wollbold und Marion Küpker berichten von der Friedensfahrradtour atomwaffenfrei

Dienst am Weltfrieden in der Präambel des Grundgesetzes? Verstößt die Drohung mit Massenvernichtungswaffen nicht grundsätzlich gegen Art. 1: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“? Sind deutsch-US-amerikanische Nuklearbomben mit dem 1969 unterzeichneten Atomwaffensperrvertrag vereinbar? Das Bundesverfassungsgericht (BVG) in Karlsruhe und der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Strasbourg halten diese Fragen für verzichtbar: 20 + 5 letztinstanzliche Beschwerden von Aktivist*Innen des zivilen Ungehorsams am „Fliegerhorst Büchel“ wurden seit 2001 (noch) nicht zur Prüfung angenommen. Grund für 5 Kläger*Innen und Unterstützer, nun die beiden Gerichte mit einer Spur der Erinnerung zu verbinden – mit Megaphon, Theater und auf dem Fahrrad.

Bekanntlich lagern etwa 20 US-amerikanische Atombomben auf dem Bundeswehr-Luftwaffenstützpunkt Büchel (Eifel). Friedensbewegte sahen sich immer wieder genötigt, zu dem Mittel des Zivilen Ungehorsams zu greifen. Ihre Go-In-Aktionen, teils mit Besetzung der Startbahn oder eines Atombunkers, stehen in direktem Zusammenhang mit den Verfassungsbeschwerden. Die Beschwerdeführenden hatten gegen ihre Verurteilungen Beschwerden eingereicht, u.a. da die Vorgerichte die Kriterien des Rechtfertigenden Notstands (§ 34 StGB) und die Argumentationen zur Völkerrechtswidrigkeit der Atomwaffenstationierung nicht hinreichend geprüft hätten. Statt dessen verurteilten sie nach den Paragraphen zu Hausfriedensbruch und Sachbeschädigung. Irrelevant war beispielsweise: Deutschland ist laut Atomwaffen-Nichtverbreitungsvertrag u.a. verpflichtet, Atomwaffen weder mittelbar noch unmittelbar anzunehmen. Und die durch unsere Regierungen praktizierte Atomwaffen-Stationierung bedroht unser aller Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit (Art. 2+3 der Europäischen Menschenrechtskonvention).

Zwar hatte das Bundesverfassungsgericht noch nie eine der Beschwerden zur Behandlung angenommen. Das hinderte Lies Welker am 21.9.2023 aber nicht daran, auch wegen ihrer Verurteilung eine Beschwerde einzureichen. Dieses tat Lies genau einen Tag vor dem Protest aller Beschwerdeführenden „20 Verfassungsbeschwerden gegen 20 Atombomben“, womit das BVG wieder die Chance hat, sich doch noch mit dem Thema der Grundgesetz- und Völkerrechtswidrigkeit der nuklearen Teilhabe zu beschäftigen. Lies performte am Freitag die goldene Justitia gegenüber dem Haupteingang des BVG, mit der das Gericht aufgeweckt werden sollte.

Am Montag, 25.9. wurde auch vor dem EGMR im 80 km entfernten Strasbourg „Justitia aufwecken“ aufgeführt, da dieses Gericht sich ebenfalls noch nicht gerührt hatte. Seitdem gab es wenigstens Eingangsbestätigungen an die fünf Kläger*Innen. Bereits 2021 hatten zwei vom BVG ignorierten Beschwerdeführende Klage gegen die Nichtbehandlung beim EGMR eingelegt. Bis heute kamen drei weitere hinzu, zusätzlich bereiten zwei Kläger einen Appell an

das Gericht des Europarats vor. Zur rechtlichen Situation der Atomwaffen-Stationierung und den Verfahren sprachen von den Beschwerdeführenden die US-amerikanischen Aktiven John LaForge und – in einem Grußwort – Susan Crane, die Sprecherin der Kampagne „atomwaffenfrei.jetzt“ und Klägerin Marion Küpker, sowie mit einem schriftlichen Beitrag die Rechtsanwältin Anna Busl. Keine Großdemo, aber ein weiterer Schritt der Bewusstwerdung: 30 Teilnehmende sowie Passanten hörten zu.

Performance „Justitia aufwecken“ am EGMR Strasbourg, 25.9.2023

Bereits am Donnerstag hatten die Beschwerdeführenden zu einer Informationsveranstaltung im Internationalen Begegnungszentrum Karlsruhe eingeladen. Die einzelnen Aktivist*Innen erzählten ihre Geschichten, zeigten Bilder von den Go-In Aktionen und was sie dazu motivierte, diese durchzuführen. Die Beiträge umrahmte der Sänger und Liedermacher Gerd Schinkel (Köln) gekonnt musikalisch.

Herzlichen Dank auch an die Karlsruher Friedensbewegung, die die dortigen Aktionen tatkräftig unterstützte. Insbesondere die örtliche DFG-VK mit viel Organisationsarbeit und anderem mehr. Menschen aus dem Wohnprojekt MiKa brachten die Friedensaktivisten privat unter und stellten in ihrem Kulturhaus die Besprechungs- und Verpflegungsmöglichkeiten bereit.

Am Samstag fuhren dann endlich die 11 Fahrradfahrer*Innen los.

Weitere Beschwerdeführende nahmen an der Aktion im Begleitfahrzeug teil. Sicher geführt von der 18-jährigen Amelie Rester, radelten wir erst nach Wörth am Rhein, querten bei Lauterbourg die Grenze zu Frankreich und später den Rhein bei Seltz. Das Schloss in Rastatt bekam noch für ein Fotoshooting einen Besuch, bevor die Übernachtung in Rheinmünster erreicht wurde.

Am Sonntag war die erste Station das Friedenskreuz in Bühl. Dort stieß Klaus aus Offenburg zu uns, der die Radgruppe auf landschaftlich reizvollen – wenn auch verspätungsfördernden – Wegen in seine Heimatstadt führte. Hier hatte die DFG-VK sich toll ins Zeug gelegt, um eine kleine, aber feine Kundgebung samt Infostand und Grußwort der Stadt auf die Beine zu stellen. Gerd Schinkel gestaltete mit seinem für die Aktion entworfenen Justitia-Lied wieder einmal den musikalischen Part der Friedensfahrradtour. Dort wurde an die 13 „Forderungen des Volkes“ erinnert, die im September 1847 im Salmen zu Offenburg beschlossen worden waren. Ein weiterer aktueller Artikel 14 zur Friedenserhaltung und Abschaffung aller Atomwaffen wurde proklamiert, wenn auch nicht wie geplant an der gleichen historischen Stätte, da der Salmen kurzfristig anderweitig genutzt wurde.

Vorstellung der 13 „Forderung des Volkes“ in Offenburg, 24.9.2023

Am Montag standen zwar nur 8 km auf dem Programm, aber durch die Straßenzüge einer unbekannten Stadt. Wieder brachte uns Amelie pünktlich zum Ziel, dem EGMR in Strasbourg. Die „manifestation“ war ähnlich wie in Karlsruhe, konnte aber – wie von den Anmeldenden nur mittels elektronischer Hilfsmittel vermutet – nicht auf dem weiten Platz am Menschenrechts-Gerichtshof stattfinden, sondern nur vor dem vergitterten Haupteingang an der recht ruhigen Hauptstraße. Jedoch kamen viele Beamte auf ihrem Weg von der Mittagspause oder nach Hause vorbei, und einige nahmen sich unser französisches Flugblatt mit, redeten sogar ein paar Worte. Ob unser Anliegen bis zu mit den Klagen befassten Richter*Innen vorgedrungen ist?

Die üblichen Herausforderungen einer Friedensfahrradtour wie die spontane Verweigerung des gebuchten Leihanhängers oder die Erkrankung des Begleitfahrers konnten einen Meister der Improvisation wie Michael Sünner nicht aus der Ruhe bringen. Dank gebührt auch heimischen Tourenleitern des ADFC für ihre Routenvorschläge. Oder Patrick aus Lunéville für seine Hinweise zum Anmeldeprozedere einer Manifestation in Frankreich. Auch allen Teilnehmern, die sich aktiv in die Gestaltung der Friedensfahrradtour eingebracht haben. Und vor allem der Kampagne „atomwaffenfrei.jetzt“ für die Idee und monatelange Vorbereitung.

Exaktere Informationen zu den Verfassungs- und Menschenrechtsbeschwerden, den Aktionen gewaltfreien Widerstands und dem juristischen Ablauf können nachgelesen werden auf: www.atomwaffenfrei.de und www.buechel-atombombenfrei.de.

Rassismus in der Kirche überwinden

Annette Nauerth berichtet von der Jahrestagung von Church and Peace

Baarlo, Niederlande 29.9.-1.10.23

„Rassismus in der Kirche überwinden“ war das Thema der diesjährigen europäischen Konferenz von Church and Peace in Baarlo (Niederlande).

Nahezu 100 Menschen aus 15 europäischen und außereuropäischen Ländern waren zu der Konferenz gekommen. Von Rassismus betroffene Menschen, People of Colour, brachten als Referenten und Referentinnen ihre Erfahrungen und Analysen ein, die in Workshops vertieft wurden.

Geert van Dartel, Vorsitzender des Niederländischen Nationalen Rat der Kirchen, stellte in seiner Begrüßung dar, wie sich die niederländischen Kirchen angesichts der eigenen Kolonialgeschichte auf den schmerzhaften Weg der Versöhnung und Wiedergutmachung begeben haben. Hedwig Komproe, Vorstandsmitglied von SKIN (Together Church in the Netherlands) unterstrich, dass die gegenwärtige Praxis von Rassendiskriminierung nur dann wirklich wahrgenommen und bekämpft werden könne, wenn zuerst die Geschichte der Beteiligung von Kirchen an Sklaverei und kolonialer Ausbeutung anerkannt und betrauert wird. Daher sei es von großer Bedeutung, dass am 1. Juli dieses Jahres das Gedenkjahr zur Beendigung der Sklaverei in den Niederlanden und den ehemaligen Kolonialgebieten vor 150 Jahren eröffnet wurde.

Um wirklich voranzukommen, müssen wir zunächst aus unserer Komfortzone treten und uns den Fragen stellen, wie sie von Dr. Masiiwa Ragies Gunda, Programmleiter für die Arbeit zur Überwindung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und damit zusammenhängenden Diskriminierungen im ÖRK formuliert wurden:

Was fürchten wir, wenn wir uns vorstellen, mit anderen Völkern gleichberechtigt zu sein?

Ist der Himmel so klein, dass wir Angst haben, dass der Platz zu knapp wird, bevor wir unseren Teil erhalten? Ist die Erde so arm, dass ihre Ressourcen nicht für uns alle ausreichen? Ist die Gnade Gottes so begrenzt, dass wir Angst haben, dass sie zur Neige geht, wenn sie mit allen Kindern Gottes geteilt werden soll? Warum fürchten wir Gerechtigkeit, Gleichheit und Fairness?

Mit vielfältigen Formaten (Open space, Referate, Arbeitsgruppen, Plenumsaustausch) erfolgte eine intensive Auseinandersetzung mit dem Thema. Es konnten Lernprozesse angestoßen werden und es wurde auf die Notwendigkeit von Verlernen (unlearning academy) aufmerksam gemacht. Mit den Diskussionen im Versöhnungsbund zum Thema befinden wir uns somit in guter Lerngemeinschaft. Es war eine Ermutigung, den Weg weiterzugehen.

Ohne Waffen, aber nicht wehrlos

Barbara und Eberhard Bürger berichten vom 16. Werkstatt-Tag in Magdeburg: *Soziale Verteidigung und gewaltfreier Widerstand heute*

Vom 16. Werkstatt-Tag von VBregional Magdeburg in Zusammenarbeit mit Dr. Christine Schweitzer vom Bund für Soziale Verteidigung (SV) und Christine Böckmann von der Katholischen Erwachsenenbildung (KEB) in Sachsen-Anhalt am 11. 11. 2023

Was ist die Idee?

„Soziale Verteidigung ist die gewaltfreie aktive Verteidigung eines Volkes gegen einen militärischen Angriff von außen oder einen Staatsstreich von Putschisten."

„Gewaltfreie Aktion ist gewaltfreier/ziviler Widerstand gegen innergesellschaftliche Missstände."

Gibt es schon Erfahrungen damit?

a) Aus der Gruppe der 19 Teilnehmenden kamen die folgenden Beispiele:

SV: Ruhrgebiet 1923, Norwegen, Dänemark, Bulgarien u.a. im 2. Weltkrieg, Prag 1968…

gf. Widerstand: M. L. King, M. Gandhi, Rosenstraße-Berlin (NS-Zeit), Herbst 1989, Sturz von Marcos (Philippinen), Clowns-Armee im Wendland u.ö.

innergesellschaftliche Auseinandersetzungen: Karfreitagsabkommen Irland, Solidarisches Magdeburg, „Letzte Generation", Go-in der Offenen Heide, Frauen in Schwarz (Argentinien), Protest gegen Bombodrom Kyritzer Heide, Schüler erreichen 1989 ihr Ziel (gegen ideologische Leitung der Schule, DDR-Zeit), Friedensdörfer Kolumbien, Freiheitskampf in Liberia, Verkehrsboykott USA, Volkszählungsboykott BRD, persönliche Aktion bei einer Ausstellung, Gorleben und Wackersdorf…

b) Inzwischen gibt es ausgearbeitete methodische Überlegungen und Strategien, die u.a.

> der Stärkung und dem Zusammenhalt der Aktiven gelten,

> helfen, sich selbst zu schützen,

> die gegnerische Partei abschreckt bzw. von ihren Zielen abzubringen versucht.

Gene Sharp z.B. hat in seinem Büchlein „Von der Diktatur zur Demokratie" solche Wege aufgezeigt.

c) Doch für all diese Wege des Widerstehens gibt es Voraussetzungen und Grenzen, die zu bedenken sind. Zu den wesentlichen Voraussetzungen gehören u.a. die Entschlossenheit, gewaltfrei zu bleiben auch angesichts von Gewalt der anderen Seite, unterschiedliche Formen von Widerstand zu entwickeln, die Einheit der Betroffenen zu wahren,…

Bei Grenzen fiel uns ein: persönliche Begrenzungen zu berücksichtigen, die Aussichten eines Erfolges realistisch einschätzen…

Was hieße das für unsere Region?

a) Zunächst sind im Rahmen der Kampagne „Wehrhaft ohne Waffen" drei Modellregionen eingerichtet worden: im Freiburger Gebiet, in Berlin und im Wendland (Ansprechpartner u.a. Kurve Wustrow, Jochen Neumann). Dort werden praktische Erfahrungen gesammelt und ausgewertet.

b) Diese Einführung in SV und gfWi hat uns den Blick dafür geöffnet, was für Möglichkeiten es überhaupt gibt. Über ihre konkrete Bedeutung für unsere Region weiter nachzudenken, steht noch aus.

Gesamteindruck des Tages

Das abschließende Feedback zum Tage zeigte einerseits, dass die Bedingungen für eine solche Modellregion für uns nicht gegeben sind, dass jedoch andererseits solch ein Tag eine unschätzbare Bereicherung für die eigene gewaltfreie Haltung und Praxis darstellt, den Blick weitet, Vernetzungen verstärkt.

Vorstandssitzung auf dem Untermühlbachhof im Schwarzwald

Berthold Keunecke und Annette Nauerth berichten vom Treffen 10.-12.11.23

Vorstandssitzung diesmal im Huesli auf dem Untermühlbachhof im tiefen und fernen Schwarzwald. Urlaubsgegend… Wir kommen in kleinen Gruppen an und Eva Maria Willkomm holt uns am Bahnhof ab. Sie gehört zum Organisationsteam für dieses Wochenende. Auf dem Untermühlbachhof begrüßen uns die Kühe, Hühner und Schweine und wir treffen die dort arbeitenden Menschen Hannah und Albert unterstützt von den Altbauern Hans-Hartwig und Anke.

Wir richten uns im Ferienhaus ein, bekocht von Eva und Hans-Hartwig. Eine Führung über den Hof mit Einblick in die Arbeit und den Käsekeller gehört zu den Highlights dieses Wochenendes. Wieviel Arbeit steckt doch in einem einzigen Stück Käse, von dem wir immer auf der Jahrestagung einige Stücke genießen.

Inhaltlich steht an diesem Wochenende die Planung der Jahrestagung 2024 im Mittelpunkt der Überlegungen: Mauern und Grenzen sind das Thema. Wir wählen die Hauptreferent*innen aus, stellen die Arbeitsgruppen zusammen. Ideen für eine Aktion in Arendsee werden gesammelt. Schließlich steht die Planung weiterer Veranstaltungen in 2024 an. Critical Whiteness-Wochenende im Januar, Einkehrtage im Februar, Treffen mit dem englischen Zweig zur 110Jahr-Feier, Herbsttagung im November füllen das Jahr 2024.

Für unsere neue Geschäftsführerin Diana Ludwig ist es die erste Vorstandssitzung. Gut, dass wir viele verschiedene Bereiche aus unserem Verband ansprechen, vom Konsensverfahren bis zu den IFoR Entwicklungen, unserem internationalen Verband. In den Pausen ist Zeit für ein persönlicheres Kennenlernen. Unsere Vorstandsarbeit konnte auch an diesem Wochenende wieder von konstruktiven Auseinandersetzungen und direkter Begegnung profitieren.

Regionalgruppe Darmstadt-Odenwald gegründet

Die Regionalgruppe des Versöhnungsbundes Darmstadt-Odenwald hat sich am 11. September 2023 gegründet. Dieses Datum wurde bewusst gewählt, da am 11. September 1944 die Stadt fast völlig zerstört worden war. Als „Brandnacht“ wird an die Tötung von Mensch und Tier und die Zerstörung von Gebäuden und Natur bis heute erinnert.

Wir unterstützen alle Friedensinitiativen in der Region, die sich an der Gewaltfreiheit orientieren; Dies schließt zivilen Ungehorsam mit ein.

Aktuell pflegen wir Kontakte zu den „Friedenshetzern“, dem Darmstädter Friedensbündnis, Fridays for Future, dem BUND, dem Netzwerk Naturpädagogik, Mayors for Peace, dem Hiroshima-Projekt des Botanischen Gartens, Church and Peace, Religionen für den Frieden.

Darüber hinaus beteiligen wir uns an überregionalen Aktionen.

Wir treffen uns regelmäßig am 1. Montag im Monat, 18.00 Uhr, Schuknechtstraße 42, Darmstadt.

Friedenssuchende sind herzliche willkommen.

Kontakt über: Detlef Baumann-Schiechel – 0176-968-20720 – d.schiechel@gmail.com
Manfred Werner – 0171-344-7673 – Manfredwerner27@web.de

Seminar „Wurzeln der Gewaltfreiheit“

Rudi Mehl berichtet vom Seminar mit Martina Freise und Rainer Gertzen von „Gewaltfrei Handeln“

vom 17.11.- 19.11.23 von Freitag Abend bis Sonntag Mittag in Hannover

Aus der Einladung

Gemeinsam wollen wir erfahren, was jede* und jeden* zur Gewaltfreiheit motiviert.

Deshalb schaffen wir Raum für persönlichen Austausch, in dem wir unsere Prägungen, Erfahrungen, Beweggründe und Perspektiven teilen können. Durch den Dialog möchten wir ein tieferes Verständnis für die jeweilige Bedeutung der gewaltfreien Wurzeln gewinnen und gemeinsam überlegen, wie wir mit den unterschiedlichen Werten und Glaubenssätzen umgehen möchten.

Welche Wünsche und Bedürfnisse ergeben sich daraus für die Gestaltung unseres Miteinanders für alle Generationen und mit unseren Unterschiedlichkeiten, z.B. auf Jahrestagungen?

Martina Freise und Rainer Gertzen von „Gewaltfrei Handeln“ werden unsere Referent*innen und Moderator*innen sein.

Schwerpunkt war der persönliche Austausch.

Miteinander ankommen am Freitag

Angemeldet hatten sich ausschließlich Mitglieder des Versöhnungsbundes, so dass jede Teilnehmer*in einigen anderen aus der Runde bekannt war. Ein paar Kennenlern-Spiele vertieften das Kennenlernen.

Ein paar Leitsätze für das Seminar

unter anderen

- **verschiedene Perspektiven finden und anerkennen.**
- Es geht nicht um das Überzeugen meines Gegenübers oder um Wahrheitsfindung
- keine Synthesen von Widersprüchen, kein Konsens zugunsten einer allgemein gültigen Perspektive.
- Jede Aussage ist gleich viel wert und gleich wichtig.

Vieles leuchtet unmittelbar ein. Zu den letzten beiden Punkten wird diskutiert: Sind wirklich alle Aussagen gleich wichtig? Für die Person, die sie mitteilt, schon.

Konsens finden ist doch ein wichtiges Element gewaltfreier Kommunikation: Ja, wenn es dann um Lösungen geht. Aktuell suchen wir unsere Wurzeln, unsere Wünsche und Schmerzgrenzen. Dabei würde das Streben nach Kompromissen bremsen.

Bei einigen Themen ist es wichtig, auch an andere Perspektiven zu denken, die wir z.B. von nicht Anwesenden kennen. Ein leerer Stuhl erinnert uns während des Seminars daran. Man kann ihn nutzen, um von dort andere Perspektiven zu vertreten.

Einstieg in das Thema

Im ersten Teil des Seminars geht es um die eigenen Wurzeln. Da arbeiten wir viel in kleinen Gruppen – je nach Thema jeweils 2 bis 5 Personen. Wir finden uns selbständig in Gruppen zusammen, geleitet von der Frage: Mit wem möchten wir uns über das jeweilige Thema austauschen.

Nur, was uns besonders wichtig ist, kommt ins Plenum. Das lässt uns viel mehr Zeit für uns selbst.

Eigene Beweggründe und Geschichten.

- Wo in meinem Leben engagiere ich mich gewaltfrei oder für Gewaltfreiheit?

  Wenn ich mich gegen Gewalt engagiere, engagiere ich mich eigentlich auch für Gewaltfreiheit.
- Inwiefern stärken mich Gemeinschaften (wie z.B. der Versöhnungsbund) in meinem Engagement?

Meine eigenen Wurzeln der Gewaltfreiheit

Persönliche Beweggründe und Geschichten

- Was stärkt mich in meinem Engagement und in meinen Aufgaben?
- Was tröstet mich? Was lässt mich nicht verbittern, wenn mir Gewalt entgegen schlägt?
- Was verunsichert oder bedroht mich in meiner Haltung der Gewaltfreiheit?

Andere Darstellung des Themas

Wir stellen unsere Beweggründe mit anderen Mitteln dar: Zeichnen, Malen, Texte schreiben. Schöne Werke

entstehen, die von ihren Schöpfer*innen auf Nachfrage erklärt werden.

Wurzeln und Spiritualität in Gemeinschaft

- Welche besonderen spirituellen (Gemeinschafts-)Erlebnisse haben mich geprägt?
- Wie lebe ich heute Spiritualität? Was gibt mir Kraft?

Für Spiritualität in Gemeinschaft ist es hilfreich, die einzelnen Beweggründe zu kennen.

Spirituelle Feier: Wünsche und Schmerzgrenzen

Was wir nicht möchten, unsere Schmerzgrenzen

Sehr individuelle Schmerzgrenzen wurden benannt und in der konkret gestalteten Feier beachtet. Damit übten wir einen achtsamen Umgang und uns wurde deutlich, wie unterschiedlich, wie persönlich und zum Teil unerwartet die Schmerzgrenzen sich zeigen.

Austausch über Spiritualität in Gemeinschaft (im Versöhnungsbund)

- Was sind unsere spirituellen Bedürfnisse und welche sollen im VB erfüllt werden, bzw. wollen wir uns erfüllen?

Ausblick auf unsere Jahrestagungen

- Welche spirituellen Bedürfnisse möchte ich mir im Versöhnungsbund bei der Jahrestagung erfüllen?
- Welche spirituellen Bedürfnisse und welche (Schmerz-)Grenzen hören oder vermuten wir bei anderen Menschen (im Versöhnungsbund)?

** Dieser Artikel steht auch auf www.versoehnungsbund.de -> VB aktuell – dort mit weiteren Bildern*

Wir sind anerkannter Bildungsträger bei der Bundeszentrale für politische Bildung/BpB. Die Veranstaltung wurde und durch den Fonds „Frieden stiften“ der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers“.

Gefördert durch:

Brot für die Welt mit Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienste

bpb: Anerkannter Bildungsträger

22.12.23-01.01.2024 Weihnachtspause in der Geschäftsstelle

19.01.2024 16:00 bis 21.01.24, 13:00 in Berlin (Stadtkloster Segen): Seminar zum Kritischen Weißsein

https://versoehnungsbund.de/2023-seminar-zum-kritischen

Freitag, Ankommen ab 16:00 Uhr bei einem Mitbringbuffet

Wir laden ein zu einem weiteren Baustein unserer Seminarreihe zum Kritischen Weißsein mit dem Trainer Dr. Ali Fathi.

Anmeldungen ohne Übernachtung sind noch bis zum 03.01.2024 per Email über die Geschäftsstelle möglich, Anmeldungen mit Übernachtung nur auf Warteliste: vb@versoehnungsbund.de.

9.-13. Februar 2024 Einkehrtage Nikolauskloster Jüchen

Beginn Fr. 18:00 mit einem Abendessen. Ende Di nach dem Frühstück um ca. 9 Uhr

Anmeldung bitte bis zum 14.01.2024 an die Geschäftsstelle vb@versoehnungsbund.de.

11.-14.-04.24, Granada/Spanien EUFOR Treffen

09.-12.05.2024 Arendsee: Jahrestagung 2024

Über Mauern & Grenzen: Begrenzen. Entgrenzen. Abgrenzen, https://versoehnungsbund.de/jt24

Menschen, die bei der Organisation und Durchführung mitwirken nöchten, können sich bereits jetzt bei der Geschäftsstelle melden: vb@versoehnungsbund.de

Die Tagung ist zugleich die Abschlussveranstaltung des Erasmus+Projekts „Voneinander Lernen in der Revolution für das Leben“, das gemeinsam mit dem österreichischen Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes diverse Aktivitäten zu diesem Themenkomplex vereint. Weitere Informationen unter: https://versoehnungsbund.de/aktiv/leo-revlife-projekt-erasmus

weitere Termine

Viele unserer befreundeten Organisationen (zu finden auf der Homepage www.versoehnungsbund.de/ueber/befreundete-organisationen) veranstalten Tagungen, Schulungen und vieles andere.

Eva-M. Willkomm gratuliert älteren VB-Mitgliedern zu runden Geburtstagen und fragt bei der Gelegenheit, ob sie berichten mögen, wie sie zum VB gekommen sind, was sie da erlebt haben und was sie an dem Verband so schätzen und/oder kritisieren.

Tagesabschluss im Seminar Wurzeln der Gewaltfreiheit: Wir sammeln uns im Wald in einem besinnlichen Kreis rund um einen Stein mit Kerze und lassen die Umgebung der Nacht auf uns wirken.

Rosemarie Bender

Nachdenken über „Was hat mich zum Internationalen Versöhnungsbund gebracht?“

Meine beiden Großväter waren Kriegsteilnehmer im ersten Weltkrieg.

Im zweiten Weltkrieg hat unsere Großmutter – mit der wir später aufgewachsen sind – innerhalb von eineinviertel Jahren (1943/44) vier ihrer Söhne durch Kriegstod verloren (und wahrscheinlich haben andere Mütter ihre Söhne durch diese deutschen Soldaten, meine Onkels, verloren).

Solche Familiengeschichten könnten ‚eigentlich‘ gradlinig auf das Ziel „Versöhnung“ zuführen – wenn das Leben logisch zu erfassen wäre. Doch wir Menschen sind nicht „vernunft-logisch“ gestrickt.

Ja, wenn…, wenn die Gelder, die klugen Hirne und Energien, die in die Militärbudgets und Aktivitäten gesteckt werden, in Bildungsarbeit, Jugendaustauschprogramme und andere Friedensprojekte investiert würden, dann sähe die Welt anders aus.

Unsere Großmutter hat immer wieder gesagt: „Ihr müsst gegen den Krieg sein.“ Dieser Satz wurde für mich zu einer lebenslangen Aufgabe und Herausforderung.

Mein Weg als Nachkriegskind (geb. 1950 auf einem Bauernhof) führte über die dörfliche Volksschule zu einer Ausbildung in Ländlicher Hauswirtschaft. Mit 20 arbeitete ich auf einer Farm in Kanada. Bei einer Reise durch die USA (es war die Zeit des Vietnamkrieges) bekam ich erste Einblicke in Kriegsgeschichten von US-Amerikanern und auch deren Verdrängungen..

Über den zweiten Bildungsweg kam ich zum Studium der Sozialarbeit in Freiburg (1974 bis 1979). Diese Nach-68er-Zeit hat mich sehr bewegt.

Durch studentische Aktivitäten und auch die Proteste gegen die Planungen des Atomkraftwerkes in Whyl bin ich politisch wach geworden.

In all diesen Aktionen war für mich – durch die Botschaft meiner Oma – klar, dass ich gewalttätige Theorien und gewaltsame Veränderungen weder gedanklich und schon gar nicht praktisch mittragen konnte und wollte.

Ich weiß nicht mehr genau, von wo ich in dieser Zeit vom Versöhnungsbund gehört habe. Vermutlich durch das Abo und die Lektüre der Zeitschrift „Junge Kirche“. Wenn ich mich richtig erinnere, war ich 1975 oder 1976 das erste Mal auf einer der Jahresversammlungen des Versöhnungsbundes.

Die Begegnungen mit Heinz Kloppenburg (damaliger Präsident des VB), ebenso mit Martin Niemöller (von dessen Lebensgeschichte ich erst später hörte) und mit Hildegard Goss-Mayr waren für mich sehr beeindruckend. Auch Gespräche und Diskussionen mit Konrad Lübbert und mit vielen anderen liebenswerten und interessanten Teilnehmenden auf den Jahresversammlungen haben mich positiv angeregt. In den 70er Jahren war ich auf weiteren Jahrestreffen und auf einem internationalen Treffen in London.

Beruflich war ich viele Jahre in der Jugend- und dann Erwachsenenbildung tätig. Das waren für mich auch Felder der praktischen Friedensarbeit.

In den letzten 15 Jahren als selbständige Familien- und Trauma-Therapeutin haben sich meine Herangehensweisen an das Thema Frieden wiederum verlagert. Es war auch ein immer tieferer Zugang zum Frieden

mit mir selbst – heraus aus den Erschütterungen und Verwirrungen meiner Nachkriegskindheit.

Dem Versöhnungsbund bin ich als Mitglied immer treu geblieben.

Sehr beeindruckt haben mich die Berichte über die Friedensaktivitäten von Clemens Ronnefeldt und auch das stetige Engagement von Ullrich Hahn im und für den Versöhnungsbund würdige ich sehr.

Auf meinem Lebensweg ist mir klar geworden: Wenn wir uns selbst und unsere Mitmenschen immer neu für einen lebendigen Frieden gewinnen möchten und das in unserem sozialen und politischen Denken und konkretem Handeln leben wollen, dann brauchen wir ein tiefes Vertrauen ins Leben, durch das wir geerdet sind, uns geborgen spüren und daraus frei sein können. Das ist kein geradliniger Weg. Er führt uns auch durch Zweifel, wir stolpern und können scheitern. Doch wir dürfen auch wieder aufstehen und unseren Weg weitersuchen und -gehen.

Es ist gut, mich in diesem Sinn mit anderen Frieden suchenden Menschen im Internationalen Versöhnungsbundes verbunden zu wissen. Danke für diese Gemeinschaft!

Theodor Ziegler

Zum ersten Mal vom Versöhnungsbund gehört habe ich von Ullrich Hahn im Kreis der KDV-Beistände. In meiner Rolle als landeskirchlicher KDV-Beauftragter in Baden nahm ich ab 1983 regelmäßig an den Jahrestagungen, zumeist im Haus Venusberg in Bonn, teil. Dort lernte ich viele Menschen kennen, mit denen ich in der Friedensarbeit bis heute verbunden bin - aber auch international wirksame VordenkerInnen und VorarbeiterInnen der Gewaltfreien Aktion wie Daniel Berrigan, Theodor Ebert, Johan Galtung, Hildegard Goss-Mayr, Christine Schweitzer und Ueli Wildberger, um nur einige zu nennen. 1987 entschlossen wir uns in der VB-Kommission Soziale Verteidigung, einen Bundeskongress durchzuführen. Ich hatte die ehrenvolle Aufgabe, die ersten zwei Vorbereitungstreffen in Mannheim zu organisieren. Beim zweiten boten die FreundInnen von der Mindener FriWo an, den Kongress mittels ihrer gut ausgestatteten Friedensinfrastruktur auszurichten. So fanden sich 1988 rund 1.200 Menschen beim Bundeskongress Soziale Verteidigung ein und ein Jahr später wurde an gleicher Stelle der Bund für Soziale Verteidigung (BSV) gegründet. Mit dem Wechsel in den Religionsunterricht 1996 habe ich mich zugunsten lokaler Aufgaben von allen überregionalen Vereinigungen abgemeldet, bin dann jedoch nach einigen Jahren wieder in den VB zurückgekehrt. Sehr eindrücklich war für mich auch die von Annette und Thomas Nauerth organisierte Friedensradtour im Luther-Jubiläumsjahr 2017, bei der wir den Art. XVI der Confessio Augustana (in dem Kriegsdienstverweigerer verdammt werden) in einem Postpaket von Augsburg nach Wittenberg brachten. Auf der Tour kamen wir an mehreren Stellen vorbei, an denen diese Verdammung blutigst realisiert worden ist. Leider steht dieser Text bis heute unkommentiert in den evangelischen Gesangbüchern lutherischer Kirchen. Der Versöhnungsbund ist für mich die Organisation, in der sich Menschen zusammengefunden haben, für die der Verzicht auf Gewalt die konstruktive Regelung von Konflikten ermöglicht, auf allen Ebenen des Lebens.

Während fast alle Friedensorganisationen erhebliche Nachwuchsprobleme haben, ist es dem Versöhnungsbund gelungen, auch Familien und junge Menschen in ihre Jahrestagungen zu integrieren. Er ist somit auch in dieser Hinsicht modellhaft.

Wir freuen uns über die Unterstützung unserer Arbeit!

***Spenden*:**
Versöhnungsbund e.V., GLS Bank
IBAN: DE40 4306 0967 0033 6655 00
BIC: GENODEM1GLS

Mitglied werden:
www.versoehnungsbund.de/kontakt/mitglied_werden

Spenden sind steuerlich absetzbar

Ich bin optimistisch im Sinne, dass ich darauf gefasst bin, dass sehr schlimme Sachen passieren werden.

Warum bin ich optimistisch?

Wenn das Allerschlimmste passiert ... was dann?

Wird sich irgendwas an der Lage, an den Grundelementen der Lage ändern?

Am nächsten Tag werden wir wieder vor dem selben Problem stehen,

dass wir zwei Völker in diesem Lande haben,

und zwei Völker in Jerusalem haben.

Und dass es überhaupt keine andere Alternative gibt, als zwischen diesen beiden Völkern Frieden zu machen.

Uri Avnery (*10 September 1923 in Beckum; †20. August 2018 in Tel Aviv)